

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 23. September 1963

Blatt 1983

Bürgermeister Franz Jonas:

Gegen eine Benachteiligung Wiens auf kaltem Weg!
=====

Wien - solide Grundlage für Österreichs Gesamtwirtschaft

23. September (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 22. September, über die Bedeutung des Finanzausgleiches für Wien.

Der Bürgermeister führte aus: "Ich hätte nicht gedacht, daß die Ferienzeit so rasch vergeht. Bei meiner letzten Rundfunksendung vor zwei Monaten hatte ich Gelegenheit, Ihnen eine schöne Urlaubs- und Sommerzeit zu wünschen. Ich hoffe, daß Sie nicht enttäuscht wurden und daß Ihnen die vergangenen Wochen einige Erholung und Zerstreuung gebracht haben. In der Gemeindeverwaltung gingen die Arbeiten begreiflicherweise ununterbrochen weiter und wenn Sie es nicht anders bemerkt haben sollten, so fielen Ihnen sicher die vielen Straßenaufgrabungen auf, von denen kaum ein Wiener Bezirk verschont geblieben ist. An diesen Straßenbauarbeiten können Sie ersehen, welch dringende Aufgaben uns die weiter anhaltende Motorisierung, aber auch die Verbesserungen der Leitungsanlagen für Wasser, Gas und elektrischen Strom aufbürden.

Nun ist die Hauptreisezeit vorbei, die Wiener sind wieder nach Hause zurückgekehrt und die auswärtigen Urlauber haben Wien verlassen. So ist alles wieder in seine gewohnte Ordnung gekommen. Und so kann ich heute schon wieder von Angelegenheiten

./.

sprechen, die nichts ferienmäßiges an sich haben, sondern aus dem Alltag gegriffen sind. Und deshalb bitte ich Sie vorsichtshalber gleich um Entschuldigung, wenn ich ein Problem behandeln muß, das noch selten populär war, nämlich die Steuern. Diese Frage ist deshalb so aktuell, weil beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden die Vorarbeiten für das Budget des kommenden Jahres in vollem Gange sind und Entscheidungen vorbereitet werden, die für uns alle große Bedeutung haben. Diesmal werden die Verhandlungen um so interessanter, weil am Ende dieses Jahres der fünfjährige Finanzausgleich abläuft und deshalb erneuert werden muß.

Um was geht es bei dem Finanzausgleich? Bekanntlich gibt es einige Steuern, die zwar vom Bund eingehoben, deren Erträge aber zwischen den Gebietskörperschaften, das sind der Bund, die Länder und die Gemeinden, aufgeteilt werden. Es sind dies die sogenannten "gemeinschaftlichen Bundesabgaben", deren wichtigste die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer sind. Die Festlegung des Aufteilungsschlüssels, bei dem auf die vielseitigen Bedürfnisse des Bundes, der Länder und der Gemeinden Rücksicht genommen werden soll, ist wohl der interessanteste, aber auch der schwierigste Teil des Finanzausgleiches. Jede Gebietskörperschaft ist begreiflicherweise bemüht, für sich selbst einen möglichst günstigen Aufteilungsschlüssel und damit hohe Ertragsanteile zu erreichen. Es gehört dazu ein großes Maß von Verantwortungsbewußtsein und viel Verständnis für die Bedürfnisse des anderen, diese Steuern auf den Bund, die Länder und die Gemeinden gerecht aufzuteilen, und damit allen die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen. Es gibt ein altes Sprichwort, das heißt "Strenge Rechnung, gute Freunde", das hier angewandt werden sollte; ich verrate Ihnen aber kein Geheimnis wenn ich Ihnen sage, daß bei den Verhandlungen über die Aufteilung der Steuergelder die Verhandlungspartner noch nie zufrieden waren. Jeder ist unzufrieden und behauptet, daß er zu wenig bekommen hätte. Aber so ist es überall, wo es ums Geld geht und wo Kompromisse gemacht werden müssen.

Beim Finanzausgleich tritt eine scheinbare Komplizierung dadurch ein, daß Wien nicht nur Gemeinde, sondern auch Bundes-

land ist. Daher hat Wien grundsätzlich einen Anspruch auf die gleichen Einnahmequellen, die einem Bundesland und einer Gemeinde zustehen. Diese Doppelstellung Wiens wird nun als Begründung für die fälschliche Behauptung genommen, daß jeder Wiener beim Finanzausgleich zu Unrecht zwei Anteile erhält, und zwar einmal als Landesbürger und einmal als Gemeindegänger. Das sei eine Bevorzugung der Wiener gegenüber allen anderen Österreichern. Ich habe diese irri-ge Behauptung, die manchmal sogar von Männern vorgebracht wird, die es besser wissen sollten, schon einige Male richtiggestellt, aber sie taucht immer wieder auf und merkwürdigerweise am häufigsten dann, wenn die Verhandlungen über den Finanzausgleich im Gange sind. Ist der Wiener tatsächlich ein bevorzugter Staatsbürger und werden die anderen Österreicher benachteiligt? Die Wahrheit ist, daß jeder Österreicher aus dem Finanzausgleich zwei Anteile erhält, nämlich einmal über die Kasse seines Bundeslandes und das andere Mal über die Kasse seiner Gemeinde. So kommt also, genau so wie der Wiener, zum Beispiel auch der Linzer beim Finanzausgleich zweimal zum Zug, und zwar einmal durch den Anteil seines Bundeslandes Oberösterreich und das andere Mal durch den Anteil seiner Gemeinde Linz. Obwohl diese Tatsache offenkundig ist, wird trotzdem immer wieder behauptet, daß Wien bevorzugt wird und zuviel Zuwendungen aus dem Finanzausgleich erhalte und daß es deshalb gerechtfertigt wäre, diese Zuwendungen noch weiter zu kürzen, um die anderen Gebietskörperschaften besser betei-len zu können. Ich will über diese Behauptungen ganz offen sprechen, wobei ich von vornherein betone, daß es mir fern liegt, die Aufgaben der anderen Bundesländer und Gemeinden zu verkennen oder gar abzulehnen. Ich bin mir mit allen gutgesinnten Staatsbürgern darüber im klaren, daß in unserem Bundesstaat Österreich alle gleichberechtigt sind, und daß niemand das Recht hat, für sich eine Bevorzugung zu verlangen oder Sondervorteile in Anspruch zu nehmen. Ich bin aber als Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien verpflichtet, die berechtigten und natürlichen Interessen der gesamten Wiener Bevölkerung zu vertreten und, wenn notwendig, gegen ungerechtfertigte Benachteiligungen zu ver-teidigen.

Es ist bekannt, daß die Millionenstadt Wien mit ihrer großen Zahl industrieller und gewerblicher Unternehmungen, mit ihren Versicherungsanstalten und Banken, eine größere Finanz- und Steuerkraft aufweist, als die anderen Städte Österreichs. Wien ist immerhin der Bevölkerungszahl nach das größte Bundesland Österreichs und der wirtschaftliche Schwerpunkt unserer Republik. Aus diesen Gründen haben die Vertreter Wiens bisher noch immer zugestanden, daß Wien bei der Aufteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben zu Gunsten der finanzschwächeren Gebietskörperschaften ein Opfer bringt und weniger verlangt, als es seiner Steueraufbringung entsprechen würde. Aber die anderen Gebietskörperschaften müssen gerechterweise anerkennen, daß Wien als Hauptstadt der Republik, als Kongreß- und Messestadt, als Sitz zentraler Behörden und Organisationen, auch viele Verpflichtungen zu erfüllen hat, die es in anderen Städten oder gar in kleinen Gemeinden normalerweise überhaupt nicht gibt. Man erwartet von der Bundeshauptstadt auf allen Gebieten höhere Leistungen und bessere Einrichtungen, ob das nun im Gesundheitswesen oder Fürsorgewesen der Fall ist, ob es sich um Verkehrsprobleme oder Angelegenheiten des kulturellen Lebens handelt, um nur einige zu nennen. Die Stadt Wien hat zum Beispiel noch nie geklagt, daß ungefähr 15 Prozent ihrer Spitalsbetten ständig von Patienten belegt sind, die aus anderen Bundesländern stammen. Weil jetzt gerade der Rechnungsabschluß für das Jahr 1962 fertig geworden ist, kann ich daraus entnehmen, daß die Gemeinde Wien, also die Gesamtheit der Wiener Steuerzahler, für jedes Spitalsbett ein Defizit von 120 Schilling pro Verpflegstag zu tragen hat. Dieses Defizit muß sie auch für die rund 560.000 Verpflegstage der Patienten bezahlen, die aus anderen Bundesländern in die Wiener Spitäler kommen, um hier Heilung zu finden. Es wurden auf diese Weise im Jahre 1962 von den Wienern mehr als 60 Millionen Schilling Spitalsdefizit für die Patienten aus den anderen Bundesländern bezahlt. Wir haben über diese Leistungen für "Nichtwiener" nie geklagt, im Gegenteil, wir freuen uns, wenn die Wiener Spitäler einen so guten Ruf haben und durch ihre bessere Ausstattung in der Lage sind, Kranken zu helfen, denen anderswo vielleicht nicht geholfen werden kann. Wir klagen also nicht,

aber wir können doch erwarten, daß diese Leistung der Wiener nicht mißachtet wird.

In diesem Zusammenhang muß ich neuerlich auf die Benachteiligung Wiens beim Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer hinweisen. Dieser Steuerzuschlag fließt zur Gänze dem Bund zu und muß für Straßenbauten verwendet werden. Von den rund 9.300 Kilometern Bundesstraßen sind aber sage und schreibe nur 15 Kilometer in Wien. Das bedeutet, daß die 2.600 Millionen Schilling, die im Jahre 1962 als Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer aufgebracht wurden, praktisch zur Gänze in den anderen Bundesländern verwendet wurden, obwohl 42 Prozent dieser Steuer, das sind 862 Millionen Schilling, in Wien aufgebracht wurden. Angesichts dieser Zahlen halte ich die Verteilung dieser Steuergelder für eine krasse Benachteiligung Wiens, sodaß man gleichsam von einer Veränderung des Finanzausgleichs auf kaltem Wege sprechen kann, der den offiziellen Finanzausgleich zu Ungunsten Wiens verändert. Auf diese Tatsache werde ich immer wieder hinweisen, so lange, bis diese Ungerechtigkeit aus der Welt geschafft ist.

Wie schaut nun der gesamte Finanzausgleich in der Praxis aus? Was geben die Wiener Steuerzahler in den Topf der gemeinschaftlichen Bundesabgaben hinein und was bekommt Wien als Land und Gemeinde an Anteilen heraus? Hiezu einige wenige Zahlen: Im Jahre 1962 stand der Betrag von rund 9.250 Millionen Schilling für die Aufteilung zwischen Ländern und Gemeinden zur Verfügung. 42 Prozent dieses Betrages stammten von den Wiener Steuerzahlern. Aber Land und Gemeinde Wien erhielten von diesem Aufteilungsbetrag nicht 42 Prozent, sondern nur 28 $\frac{1}{2}$ Prozent; und die restlichen aus Wien stammenden Steuergelder, nämlich 1.225 Millionen Schilling, wanderten in die anderen Bundesländer und Gemeinden ab. Man kann diese Leistung Wiens für die anderen Länder und Gemeinden noch anders ausdrücken: Wien hat im Jahre 1962 pro Kopf der Bevölkerung in den Topf der gemeinschaftlichen Bundesabgaben 2.338 Schilling hineingegeben, aber nur 1.585 Schilling zurückbekommen. Die übrigen Länder und Gemeinden haben pro Kopf ihrer Bevölkerung 958 Schilling aufgebracht, aber 1.183 Schilling zurückgehalten. Sie entnehmen daraus, welch hohen Beitrag die Stadt Wien oder anders gesagt, die Wiener Steuerzahler, zu einer aus-

geglichenen Wirtschaft in den übrigen Gebietskörperschaften Österreichs leisten. Wien, das man früher boshafterweise als "Wasserkopf" bezeichnet hat, ist heute eine sehr solide Grundlage für die gesamte Finanzwirtschaft unseres Staates.

Ich habe zu Beginn meiner heutigen Sendung mitgeteilt, daß der derzeit geltende Finanzausgleich mit 31. Dezember 1963 abläuft und deshalb erneuert werden muß. Dieser Finanzausgleich war für fünf Jahre abgeschlossen, was den großen Vorteil hatte, daß Bund, Länder und Gemeinden ihre Budgets und ihre Aufgaben auf längere Fristen planen konnten. Rückschauend kann gesagt werden, daß dieser Finanzausgleich trotz aller Bedenken gut war, im großen und ganzen die Erwartungen erfüllt und eine wesentlich ruhigere Atmosphäre in der österreichischen Steuerwirtschaft zur Folge hatte. Er hat eine Verwaltungsvereinfachung mit sich gebracht, durch die Erweiterung der verbundenen Steuerwirtschaft die Gebietskörperschaft krisenfester gemacht und auch tatsächlich durch vier Jahre hindurch unverändert gegolten. Erst im fünften Jahr, nämlich heuer im Frühjahr, hat der Bund von den Ländern und Gemeinden ein Notopfer in der Höhe von 350 Millionen Schilling und einen höheren Anteil an der Bier- und Kraftfahrzeugsteuer verlangt. Wenn sich also der bisherige Finanzausgleich im großen und ganzen bewährt hat, dann sollte man ihn lieber verlängern, falls es nicht gelingen sollte, für den kommenden Finanzausgleich eine Grundlage zu finden, die alle Partner besser befriedigt als bisher.

Die Vorarbeiten für den neuen Finanzausgleich sind im Gange und die Finanzreferenten der Bundesländer haben bereits in der vergangenen Woche beraten. Wie nicht anders zu erwarten, wünscht sich jeder der Verhandlungspartner vom kommenden Finanzausgleich eine stärkere Berücksichtigung seiner Interessen. Man muß sich aber darüber im klaren sein, daß solche Veränderungen nur auf Kosten der anderen Partner gehen könnten. Was der eine mehr bekommen soll, müßte man dem anderen wegnehmen und dagegen wehrt sich natürlich jeder.

Ich werde mir erlauben, Sie von den Ergebnissen dieser Finanzausgleichsverhandlungen noch zu informieren."

Gesperrt bis 17 Uhr:

Neues Haus der Künstlerischen Volkshochschule

=====
Kleine "Stadt der Erwachsenenbildung" am Alsergrund

23. September (RK) Vizebürgermeister Mandl eröffnete heute nachmittag im 9. Bezirk das neue Gebäude der Künstlerischen Volkshochschule. Das Haus Lazarettgasse 27 ist von der Gemeinde Wien mit einem Kostenaufwand von eineinhalb Millionen Schilling gründlich adaptiert worden. Es wurden 25 Räume des Gebäudes neu gestaltet und mit allen notwendigen Einrichtungen versehen. Damit steht der Vordertrakt des Hauses zur Gänze der Künstlerischen Volkshochschule und der vierjährigen Wiener Kunstschule zur Verfügung, die von ihrem Ausweichquartier in der Akademie der bildenden Künste hierher übersiedelt sind.

Die Künstlerische Volkshochschule wurde in den dreißiger Jahren von Frau Professor Matejka-Felden ins Leben gerufen und nahm 1947 die volksbildnerische Arbeit wieder auf. Dem damals gegründeten Verein Künstlerische Volkshochschule Wien stellte Frau Professor Matejka-Felden 1956 die Wiener Kunstschule zur Seite.

Bei der heutigen Eröffnung hielt Vizebürgermeister Mandl folgende Ansprache: "Mit jeder Eröffnung eines Gebäudes für die Erwachsenenbildung unserer Stadt verbreitert sich die Basis dieser wertvollen demokratischen Einrichtung, und die große Zahl der Gäste und Freunde, die sich zu den Festakten einfinden, bestätigt die Notwendigkeit dieser bewußt gesetzten Schritte der Kulturpolitik unserer Stadt.

In diesem Teil des 9. Wiener Gemeindebezirkes ist schon eine kleine "Stadt der Erwachsenenbildung" entstanden, wurde doch vor kurzem am Währinger Gürtel das Zentrum der Berufsförderung, das Wirtschaftsförderungsinstitut der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft dem Betrieb übergeben, heute die Künstlerische Volkshochschule Wiens in ihr endgültiges Heim eingeführt und in einigen Wochen wird das vollständig renovierte und modernisierte Gebäude der Volkshochschule Alsergrund eröffnet werden. Waren es beim Projekt Künstlerische Volkshochschule

nahezu 1,5 Millionen Schilling, so werden es bei der Volkshochschule Alsergrund mehr als 1,8 Millionen Schilling sein, die die Stadt Wien zur räumlichen Sanierung der Volksbildung in diesem Bereiche der Stadt ausgibt. Berufsförderungen, Allgemeinbildung und Kunsterziehung haben auf relativ engem Raume hier eine Heimat gefunden und bieten sich als lohnende Ziele für die freiwillige Selbstbildung der Bevölkerung an.

In der europäischen Erwachsenenbildung der letzten acht Jahrzehnte nehmen die Volkshochschulen einen zentralen Platz ein. Geprägt von der Struktur ihres Wirkungskreises und ihrer Umwelt sowie von der Eigenart der Persönlichkeit ihrer Gründer und Leiter, weisen sie alle ein eigentümliches Profil und eine sichtbare Schwerpunktbildung im Programm auf. In ihrer reichen Vielfalt werden sie zur Einheit in der Idee von der Notwendigkeit der Bildung für jedermann und zu jeder Zeit.

Ich möchte die Gelegenheit benützen, um an die verantwortlichen Funktionäre der Volksbildungseinrichtungen dieses Bezirkes zu appellieren, einander sinnvoll zu ergänzen und betont ihre eigene Zielsetzung zu pflegen. Nichts wäre peinlicher und schädlicher als im pädagogischen Bereich zu einer ungesunden Konkurrenz zu kommen und niemand würde ein solches Verhalten verstehen.

Nicht nur Musiker wie Beethoven und Brahms und Gelehrte wie Billroth und Semmelweis fanden in Wien eine zweite wirkliche Heimat, sondern auch bedeutende Volksbildner kamen aus dem Ausland nach Wien, um hier eine originelle und weitreichende Arbeit zu leisten. Als ein Beispiel für viele sei die Gründerin und Leiterin der Künstlerischen Volkshochschule von Wien, Frau Prof. Gerda Matejka-Felden, erwähnt. Für Frau Prof. Matejka-Felden ist der heutige Abend die Erfüllung eines Lebenswunsches und die glanzvolle Bestätigung ihrer Lebensarbeit. Auch für das kulturelle Leben der Bundeshauptstadt hat die Existenz der Künstlerischen Volkshochschule große Bedeutung gewonnen.

Alle Berufsgruppen und alle Altersstufen sind in der Statistik der Volkshochschule zu finden, die 1947 mit 30 Kursen begonnen hat und heute rund 250 Kurse sowie 200 Vorträge und Führungen vorbereitet und gestaltet. Nahezu 35.000 Menschen haben im letzten Jahre die Künstlerische Volkshochschule und die Wiener Kunstschule besucht.

Mit den Ausstellungen der Künstlerischen Volkshochschule hat sich das Institut nicht nur ein modernes Medium der Erwachsenenbildung von unerhörter Anziehungskraft erschlossen, sondern auch durch Wanderausstellungen in die österreichischen Bundesländer, in das europäische und überseeische Ausland hinausgewirkt. Zweifellos hat damit die Künstlerische Volkshochschule im Zusammenwirken mit der großartigen Leistung der gesamten Wiener Volksbildung nach 1945 viel dazu beigetragen, die geistige Isolierung unseres Landes rasch zu beheben und das Ansehen der Bundeshauptstadt im eigenen Lande und in der Welt zu erhöhen.

Die Künstlerische Volkshochschule will keine Künstler erziehen, aber sie will begabten und der Kunst zugetanen Menschen ein Betätigungsfeld unter sachkundiger Anleitung, eine glückhafte Begegnung in der eigenen Gestaltung mit dem Wesen der Kunst vermitteln.

Nach den Erfahrungen des Institutes widmet sich jeder dritte Österreicher einer musischen Beschäftigung in irgendeiner Form, und dieser überaus großen Begabung hat sich Frau Prof. Matejka-Felden und ihr hervorragender Mitarbeiterkreis angenommen. Manche Berufsenttäuschung konnte so im Freizeitbereich aufgefangen werden und wandelte sich zur Klärung und Einsicht.

Ein freundlicher Zufall will es, daß in diesen Tagen die große Ausstellung der Arbeiterkammer Wien "Freizeit - gestern, heute, morgen" stattfindet, und die heutige Eröffnung ist eine sinnvolle Aussage über die zu treffenden Maßnahmen. Nichts wirkt so sehr der Passivität unseres Zeitalters entgegen wie der Aufruf zum eigenen Handeln und hier in erster Linie das schöpferische Formen und Gestalten.

Mit der Verleihung des Preises der Stadt Wien für Volksbildung an Frau Professor Matejka-Felden 1957 hat die Stadt Wien schon einmal zum Ausdruck gebracht, daß sie die gesetzte Leistung zu würdigen weiß, sicherlich ist die Übergabe dieses Gebäudes an den Verein die schönste Würdigung. Ein Schulhaus wird zum Heim der Selbstbildung Erwachsener, eine schönere und folgerichtigerere Weiterverwendung eines Schulgebäudes kann ich mir nicht vorstellen.

Mit der Wiener Kunstschule wurde ein Weg beschritten, der immer häufiger in letzter Zeit in der Volksbildung diskutiert wird. Zweifellos soll damit der zweite Bildungsweg konkreter gemacht und erleichtert werden. Alle schulmäßigen Voraussetzungen müssen daher gegeben sein, bevor das Öffentlichkeitsrecht gewährt werden kann.

Im Vordergrund der Hilfe der Stadt Wien, wie sie sich in der Übernahme der Kosten für die Adaptierung dieses Hauses in großzügiger Weise zeigt, steht jedoch die Volkshochschule. Privatschulen müssen grundsätzlich einer anderen Betrachtung unterliegen, wenn sie auch in ganz allgemeiner Weise Erwachsenenbildung betreiben.

Ende 1964 wird die wichtigste Etappe des derzeit in Verwirklichung begriffenen Bauprogrammes zugunsten der Wiener Volksbildung abgeschlossen sein. In einem neuen und wirkungsvollen Gewande werden sich dann die traditionellen und jungen Institute der Wiener Bevölkerung vorstellen. Alles wird dann darauf ankommen, daß der zweckmäßigen und geschmackvollen äußeren Seite der Wiener Volksbildung eine ebenso klare und niveauvolle innere Struktur und Zielsetzung gegenübersteht.

Dann zweifle ich nicht mehr daran, daß die Wiener Volksbildung mit der Hilfe der Stadtverwaltung eine für sie kritische und entscheidende Periode gut überstehen wird.

In diesem Sinne übergebe ich dieses Haus im Namen der Stadtverwaltung und des Bürgermeisters zu treuen Händen dem Verein Künstlerische Volkshochschule und wünsche ihm, seiner Leiterin, Lehrern und Hörern eine glückliche Zeit!"

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

23. September (RK) Mittwoch, den 25. September, Route 2 mit Ausflugsrestaurant Bellevue, Internationalem Studentenheim und Straßenbrücke über den Donaukanal zur Adalbert Stifter-Straße sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen im 19. Bezirk. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Mikropaläontologen und GenossenschaftswissenschaftlerEmpfänge für zwei Gelehrtenkongresse im Wiener Rathaus

23. September (RK) Die Wiener Stadtverwaltung gab heute abend im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses einen Empfang anlässlich des gegenwärtig in Wien stattfindenden Internationalen Mikropaläontologen-Kongresses. Vizebürgermeister Slavik begrüßte in Anwesenheit der Stadträte Dr. Glück, Heller, Lakowitsch und Schwaiger die 110 Kongreßteilnehmer, die in der Hauptsache aus der Bundesrepublik Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien und aus der Schweiz stammen. Der heute vor allem für die Erdölindustrie so wichtige Arbeitsbereich der Mikropaläontologie hat seinen Ursprung in der Zeit des Baues der I. Wiener Hochquellenwasserleitung. Damals untersuchte der Österreicher F. Karrer (1873) die Gesteine, die bei den Bauarbeiten zu Tage kamen, erstmalig auf ihren Inhalt an Mikrofossilien.

Ebenfalls heute abend gab es in den Neuen Repräsentationsräumen des Rathauses einen Empfang für 300 Delegierte aus 19 Staaten, die zu der 4. Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung in die österreichische Bundeshauptstadt gekommen sind. Wieder war es Vizebürgermeister Slavik, der die Gäste im Namen des Bürgermeisters in Anwesenheit der Stadträte Lakowitsch und Schwaiger herzlich begrüßte.

Dieser Kongreß wurde heute vormittag im Auditorium Maximum der Wiener Universität von Vizebürgermeister Mandl eröffnet. Er sagte bei dieser Gelegenheit: "In Vertretung von Bürgermeister Jonas, der sich auf einer Dienstreise im Ausland befindet, habe ich den Vorzug, Sie im Namen der Stadt Wien willkommen zu heißen und Ihnen dafür zu danken, daß Sie unsere Stadt zu Ihrem Tagungsort gewählt haben.

Wir Wiener wissen es sehr zu würdigen, daß die Vertreter der Wissenschaft zu uns kommen, um hier als unsere Gäste neue Erkenntnisse zu diskutieren und Richtlinien für deren Anwendung in der Praxis auszuarbeiten.

Wien ist in den letzten Jahren immer mehr zu einem beliebten Treffpunkt für internationale Vereinigungen geworden und wir sind bemüht, den richtigen Rahmen für solche bedeutende Ereignisse zu bieten. Wien hat als Heimstatt der Wissenschaft und Kunst große Traditionen zu hüten, die es um neue, markante Taten und Leistungen zu erneuern und zu mehren gilt. Ihr Fachgebiet, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist für die öffentliche Verwaltung ebenso bedeutsam wie für die breite Masse der Bevölkerung. Sie können daher mit großem und echtem Interesse für Ihre Wiener Vorträge und Debatten rechnen.

Große wissenschaftliche Leistungen finden aber meistens erst dann die verdiente Anerkennung, wenn sie vor einem fachkundigen Auditorium vorgetragen werden und in ausführlichen Diskussionen allen Einwänden standhalten.

Daß Wien als Schauplatz bedeutsamer wissenschaftlicher Tagungen die Aufmerksamkeit der Fachwelt auf sich zieht, ist etwas, wofür wir zu danken haben und unseren Dank wollen wir Wiener dadurch abstaten, daß wir unsere Gäste in freundlicher Weise bei uns aufnehmen.

Ihr Aufenthalt, meine sehr geehrten Damen und Herren, soll bei aller Wertschätzung der geistigen Arbeit doch nicht nur dieser allein dienen, er soll Ihnen auch die Möglichkeit bieten, angenehme Entspannung in einer Umgebung zu finden, die von landschaftlicher und architektonischer Schönheit bis zu einmaligen kulturellen Darbietungen alles aufweisen kann, was den musischen Menschen ebenso wie den Touristen erfreuen kann. Der herzliche Kontakt von Mensch zu Mensch, der bei uns in Wien von jeher sehr gepflegt wird, soll in Ihnen allen das Gefühl erwecken, daß wir Sie, meine Damen und Herren, nicht nur als Gäste schätzen, sondern auch zu Freunden unserer Stadt gewinnen wollen, die sich bei uns wohlfühlen und gerne wieder zu uns kommen.

In diesem Sinne heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen und wünsche Ihrer Tagung einen recht erfolgreichen Verlauf!"

Zwei Monate früher als geplant:Neue Brücke über die Grünbergstraße dem Verkehr übergeben
=====

23. September (RK) In einer Rekordbauzeit von zehn Monaten wurde die neue Brücke über die Grünbergstraße im Zuge der Hohenbergstraße im 12. Bezirk fertiggestellt und heute - zwei Monate vor dem festgesetzten Termin! - dem Verkehr übergeben. Vizebürgermeister Slavik nahm in Anwesenheit der Stadträte Heller und Riemer sowie von Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller die Eröffnung vor.

Nach einer Begrüßungsrede des Meidlinger Bezirksvorstehers Hradil wies der Vizebürgermeister darauf hin, daß mit der Fertigstellung dieser Brücke eine wesentliche Voraussetzung für die zügige Fortsetzung der Bauarbeiten auf der Grünbergstraße geschaffen wurde. Die Grünbergstraße, die gegenwärtig von 6.50 auf 16.50 Meter verbreitert und fünf Fahrspuren erhalten wird, ist ja die bisher wichtigste Verkehrsverbindung vom Westen nach dem Süden. Anschließend dankte der Vizebürgermeister allen am Brückenbau beteiligten Personen und räumte dann unter dem Jubel der zahlreich erschienenen Meidlinger die Absperrungsbarrieren weg.

Die neue Brücke (vormals Maria Theresien-Brücke), die die Verbindung von der Hohenbergstraße zur Gloriette herstellt, überspannt in elegantem Bogen die nunmehr 16.50 Meter breite Grünbergstraße. Die Gesamtlänge der Rahmenkonstruktion beträgt 19.60 Meter, die Durchfahrtshöhe 4.50 Meter. Das Durchfahrtsprofil der alten, abgerissenen Brücke hingegen war nur 6.50 Meter breit und 3.60 Meter hoch. Die Fahrbahnbreite auf der neuen Brücke beträgt 7.50 Meter, die beiden Gehsteige sind je 2.25 Meter breit.

Um die Brücke der Umgebung anzupassen, wurde sie mit einer Kunststeinbrüstung versehen. Die denkmalgeschützten alten Brückenfiguren wurden im Auftrag der Stadtverwaltung renoviert und neben dem Bauwerk wieder aufgestellt. Die gesamten Baukosten für die Brücke beliefen sich auf zwei Millionen Schilling.

28.500 Besucher im "Rathaus-Rasthaus"
=====

23. September (RK) Die Informationsschau der Wiener Stadtverwaltung, das sogenannte Rathaus-Rasthaus in der Volkshalle, war vom 27. Juli bis einschließlich gestern Sonntag täglich bei freiem Eintritt geöffnet. In diesem Zeitraum wurden 28.500 Besucher gezählt. Die vorübergehende Schließung mußte erfolgen, weil ein Teil der Exponate für die kommende Wiener Ausstellung in Brüssel benötigt wird.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 23. September
=====

23. September (RK) Unverkauft von der Vorwoche: O. Neuzufuhren Inland: 87 Ochsen, 287 Stiere, 554 Kühe, 170 Kalbinnen, Summe 1.098; Polen 8 Stiere. Gesamtauftrieb: 87 Ochsen, 295 Stiere, 554 Kühe, 170 Kalbinnen. Gesamtauftrieb: 1.106. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 11 bis 13.40 S, extrem 13.40 bis 14 S, Stiere 10.20 bis 13 S, extrem 13.20 bis 13.50 S, Kühe 8 bis 10.20 S, extrem 10.50 bis 11.20 S, Kalbinnen 11 bis 12.90 S, extrem 13 bis 13.40 S; Beinlvieh Kühe 6 bis 8 S, Ochsen und Kalbinnen 8.80 bis 10.80 S.

Der Durchschnittspreis für Inlandrinder erhöhte sich bei Ochsen um fünf Groschen, bei Stieren um neun Groschen, bei Kühen um 23 Groschen und bei Kalbinnen um 22 Groschen. Er beträgt für: Ochsen 12.01 S, Stiere 11.93 S, Kühe 8.66 S, Kalbinnen 11.75 S; Beinlvieh verteuerte sich bis zu 30 Groschen je Kilogramm. Polnische Stiere notierten 12.30 S.

In der Woche vom 14. bis 21. September wurden 277 Rinder außer Markt bezogen.

- - -